

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1848

94 (16.11.1848)

Karlsruher Beobachter.



Nr. 94.

Donnerstag den 16. November

1848.

Aus der Zeit.

— Karlsruhe 13. Nov. [102. Sitzung der zweiten Kammer.]
Petitionen von Mannheim, Feudenheim, Lorrach, Obereggenen, Dattingen, Käferthal, Schopfheim, Roth, Kirchach und St. Leon werden vorgelegt, welche verlangen, daß den Gesuchen um Kammerauflösung nicht entsprochen werden möchte. — Staatsrath Bock übergibt einen Gesetzesentwurf über Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofs, wie ihn die Kammer in einer ihrer frühern Sitzungen verlangt habe. — Hierauf Berathung des Gesetzesentwurfs und Kommissionsberichts, den Verzicht der Fürsten von Fürstenberg und von Leiningen auf die Gerichtsbarkeit, Polizei- und Patronatsrechte betr. Das Gesetz wird angenommen. — In einer frühern Sitzung verlangte der Abg. Brentano von der Regierung die Vorlage der Untersuchungsakten über einen in Bruchsal stattgehabten Judenkravall. Staatsrath Bock übergibt solche heute, seiner frühern Zusage entsprechend, der Petitionskommission.

— Mannheim 12. Nov. Der seit dem Monat Mai d. J. zu Bruchsal in Haft befindliche Buchhändler Hoff ist gegen Kaution der Haft entlassen worden und vorgestern hier angekommen.

— Frankfurt, 10. Nov. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung wurde Art. IV. des Verfassungsentwurfs beraten und die §§. 21 bis 24 nach den Anträgen des Verfassungsausschusses in folgender Fassung angenommen: §. 21. Die Schiffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser u. s. w.) sind der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen; sie unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln. §. 22. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen. Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reiches zu vermehren und zu erweitern. §. 23. Die Abgaben, welche in den Seeuferstaaten von den die Schiffahrtsanstalten benutzenden Schiffen und deren Ladungen erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nöthigen Kosten nicht übersteigen. Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt. §. 24. In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleich zu stellen. Eine höhere Belegung fremder Schiffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schiffahrt fließt in die Reichskasse.

— Frankfurt, 13. Nov. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung theilt der Präsident eine Zuschrift der Justizbehörde in Hechingen mit, welche auf Zustimmung zur Untersuchung gegen den dort gewählten Abg. Dr. Würth wegen Hochverraths anträgt. Der Antrag geht an die für ähnliche Requisitionen bereits ernannte Prüfungskommission. Sodann nimmt der Reichsminister v. Schmerling das Wort. Kein Deutscher

vermöge die hohe Wichtigkeit der neuesten Vorgänge in Preußen zu verkennen. Das Reichsministerium habe sich ungesäumt mit denselben beschäftigt und bereits gestern Abend an den Unterstaatssekretär Bassermann Instruktionen abgeschickt, welche dahin zielten, die Rechte sowohl der preussischen Krone als der Volksvertreter vollständig zu wahren. Die Mittheilung der desfallsigen Papiere an die hohe Versammlung erscheine ihm in diesem Augenblick, da dieselben noch nicht einmal am Ort ihrer Bestimmung angelangt seien, nicht geeignet. Da jedoch voraussichtlich mehrere Anträge in Betreff dieser Angelegenheiten gestellt und von der Versammlung vermuthlich an einen Ausschuss verwiesen werden würden, so sei er erbditig, diesem die nöthigen Aufschlüsse mit unumwundener Offenheit zu ertheilen. Hierauf verkündigt der Präsident fünf dringliche Anträge in Betreff der Berliner Vorgänge, alle dahin lautend, die Centralgewalt wolle kräftigst dahin wirken, daß der die Ruhe Deutschlands und das konstitutionelle Prinzip gefährdende Konflikt zwischen der preussischen Krone und der dortigen Nationalversammlung unverzüglich beseitigt, die Volksvertreter sowohl gegen anarchische als reaktionäre Bestrebungen geschützt, und die Freiheit ihrer Verathungen in beider Hinsicht gesichert werde. Diese Anträge werden als dringlich erkannt und auf den Antrag Beseler's an einen Ausschuss verwiesen, welcher morgen früh Bericht zu erstatten habe, worauf alsbald die Berathung über denselben eröffnet werden solle.

— Frankfurt, 14. Nov. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Privat Schreiben verlesen, nach welchem R. Blum in Wien standrechtlich erschossen worden wäre. Auf eine Interpellation des Abg. Simon von Trier erklärte der Reichsjustizminister Mohl, daß er keine offizielle Kenntniß von einem solchen Ereigniß habe. Der mit der Begutachtung der preuss. Frage beauftragte Ausschuss erstattete durch den Abgeord. Zacharia Bericht. Reichsminister Mohl zeigt so eben an, daß heute noch zwei Mitglieder der Nationalversammlung nach Wien abgehen werden, um ihre etwa dort befindlichen Kollegen in Schutz zu nehmen. Ein Brief an Wiesner meldet ebenfalls die Hinrichtung Blums als ein allgemein verbreitetes Gerücht. — Ueber die preuss. Frage waren 60 Redner eingeschrieben und zwar 21 für den Antrag der Ausschussmehrheit und 39 gegen denselben. Nach lebhaften Verhandlungen wurde der Antrag der Ausschussmehrheit 1) die kön. preuss. Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Verathungen in Berlin sicher zu stellen; 2) daß die preuss. Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist, mit 239 gegen 189 Stimmen angenommen.

— Stuttgart, 14. Nov. Man spricht hier viel von einer

angeblichen Ministerkrise in Folge des Beschlusses unserer Abgeordnetenversammlung in Betreff der Civilliste und Apanagen. So viel wir wissen, sind die umlaufenden Gerüchte bis jetzt nicht begründet und läßt sich etwas Bestimmtes nicht angeben. Herr Staatsrath Römer ist hier und nicht nach Frankfurt abgereist. (S. M.)

— Berlin, 10. Nov. In der gestrigen Sitzung der Landesversammlung erschien zum ersten Male der neue Ministerpräsident Graf v. Brandenburg. Es wurde eine kön. Botschaft verlesen, wonach die Versammlung bis zum 27. Nov. vertagt und der Sitz derselben, in Folge der fortgesetzten Bedrohungen der Mitglieder durch die das Sitzungsgebäude belagernden Volksmassen, nach Brantenburg verlegt wird. Hierauf erklärte Graf Brandenburg jede Fortsetzung der Verhandlungen als eine ungesegliche und protestirte feierlichst dagegen. Die Versammlung setzte ihre Beratungen dennoch fort und beschloß: 1) daß sie die Sitzungen auch ferner fortsetzen werde und 2) der Regierung das Recht bestreite, die Versammlung zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen. Eine Anzahl Abgeordneter von der Rechten verließ sofort den Saal. — Der Tag verlief ohne Ruhesörungen. — Auf die an das Kommando der Bürgerwehr gerichtete amtliche Anfrage, ob dasselbe die angeordnete Vertagung nöthigenfalls in Vollzug setzen werde, erfolgte eine ablehnende Antwort. Daraufhin wurde heute früh der Einmarsch von Truppen angekündigt, welche auch wirklich Nachmittags 3 Uhr 15,000 Mann stark unter General Wrangel einrückten. Die Bürgerwehr hatte das Schauspielhaus, wo die Landesversammlung Sitzung hielt, umstellt; das Militär besetzte den Platz gegenüber der Bürgerwehr. — Um 5 Uhr machte der Präsident die Landesversammlung mit einer Erklärung des Generals Wrangel bekannt, wonach er unter keinen Umständen die Truppen zurückziehen werde, so lange die Versammlung noch ungeseglich weiter tage. Die Ausgänge seien frei, der Eintritt aber werde Niemanden gestattet werden. Auf den Antrag des Präsidenten erklärte hierauf die Versammlung, daß sie nur der militärischen Gewalt gewichen sei, und daß sie gegen diese Gewaltmaßnahme protestire. Vor dem Schluß der Sitzung wurde eine Proklamation an das Volk ohne Debatte angenommen, und die Sitzung auf heute früh 9 Uhr vertagt. Hierauf verließen die Mitglieder Arm in Arm das Schauspielhaus und bezogen sich unter dem Beifallsruf der draußen harrenden Massen durch die Spaliere der Bürgerwehr nach Hause.

— Berlin, 11. Nov. Die Physiognomie der Stadt bleibt unverändert. Es sind nirgends auch nur die geringfügigsten Störungen der Ordnung und Ruhe vorgekommen. Vom Gensdarmenmarkt wurden gestern Abend noch die dort aufgestellten Truppen zurückgezogen und nur eine Abtheilung wurde heute Morgen 4 Uhr in den Konzertsaal des Schauspielhauses gelegt. Die Bürgerwehr, welche des Nachts über Wache am Schauspielhaus hielt, entfernte sich auf Aufforderung des kommandirenden Offiziers, welcher die Soldaten in das Schauspielhaus führte. — Nach dem gestrigen Beschlusse, sich in corpore nach dem Sitzungsorte zu begeben und nur der Gewalt zu weichen, begab sich die Nationalversammlung um 9 1/2 Uhr Morgens in einem langen Zuge nach dem Schauspielhaus. Die Thüre desselben war verschlossen. Der Präsident von Unruh klopfte an und ersuchte den etwa innerhalb des Hauses stehenden Posten zu öffnen. Eine Stimme von Innen antwortete darauf: „Die Thür sei auf Befehl des hohen Staatsministeriums verschlossen und dürfe nicht geöffnet werden.“ — Präsident: Ich kann mich nicht darauf einlassen, mit einem Unbekannten durch das Schlüsselloch eine parlamentarische Unterredung zu führen. Wird die Fortsetzung einer solchen gewünscht, so möge Jemand herausgeschickt werden.

— Stimme von Innen: Ich bin als Kommandant verpflichtet,

das Haus zu halten und kann mich zu weiteren Verhandlungen nicht verstehen.“ — Auf den von verschiedenen Seiten lautgewordenen Wunsch, man möge die Thüre von Außen aufschließen lassen, erklärte der Präsident: er glaube nicht, daß es angemessen sei, die Oeffnung des Hauses von Außen zu veranlassen. Er fordere daher die Versammlung auf, sich nach dem vorher bezeichneten Lokale zu begeben. Der Zug setzte sich nun nach dem Hotel de Russie in Bewegung. Hier wurde nach einer kurzen Pause die Sitzung eröffnet. — Der Präsident zeigte an, daß er die Versammlung auf heute Nachmittag nach dem Schützenhause, Linienstraße 5, berufen werde. Der Stadtverordnetenvorsteher Seidel hat die Erklärung eingelesen, daß kein Bedenken darüber obwalten könne, daß sämmtliche Lokale der Stadtverordneten der Nationalversammlung zur Disposition gestellt werden. Ein Protest dagegen, daß die Bürgerwehr aus dem Sitzungsorte durch ungesegliche Gewalt verdrängt worden, wird einstimmig angenommen.

— Berlin 12. Nov. Der „Preuss. Staatsanzeiger“ bringt heute folgende Proklamation und eine Verordnung, wodurch die Auflösung der Bürgerwehr, auf Grund des Gesetzes v. 17. Okt. ausgesprochen wird: Proklamation. Der in Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin seit geraumer Zeit herrschende geseglose Zustand, der das ganze Land in den Abgrund der Anarchie zu stürzen drohte, hat Mich genöthigt, auf den Rath Meiner verantwortlichen Minister, die zur Vereinbarung der Staatsverfassung berufene Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und dieselbe, damit diese Maßregel ausgeführt werden könne, bis zum 27. d. M. zu vertagen. Aus demselben Grunde habe ich die Truppenmacht in dieser Meiner Haupt- und Residenzstadt ansehnlich verstärken, auch die dortige Bürgerwehr mit Rücksicht auf ihr ungesegliches Verhalten in Gemäßheit des §. 3 des über die Errichtung der Bürgerwehr unter dem 17. Okt. d. J. ergangenen Gesetzes bis zu deren Reorganisation auflösen müssen. Ich bin mir wohl bewußt, daß diese Maßregeln männiglicher Mißdeutung ausgesetzt und von einer Umsturzpartei dazu mißbraucht werden können, auch bei sonst gutgesinnten Staatsbürgern Besorgnisse über den Vollbestand der Meinem Volke gewährten Freiheiten hervorzurufen. Ich bin Mir aber eben so klar bewußt, daß Preußens und Deutschlands Zukunft diesen Schritt von Mir und Meiner Regierung zu fordern berechtigt war. Ich wende Mich deshalb in dieser entscheidenden Zeit an das ganze Land, an Euch Meine treuen Preußen Alle, mit der Zuversicht, daß Ihr den ungeseglichen Widerstand, den ein Theil Eurer Vertreter, uneingedenk ihrer wahren Pflichten gegen Volk und Krone, der Verlegung der Nationalversammlung entgegenstellte, ernst und entschieden mißbilligen werdet. Ich mahne Euch, nicht Raum zu geben den Einflüsterungen, die Euch glauben machen, Ich wolle Euch die in den Märztagen verheißenen Freiheiten verkümmern. Ich wolle wieder ablenken von dem betretenen konstitutionellen Wege! — Preußen! Ihr, die Ihr noch feststeht in dem alten guten Vertrauen zu Mir, Ihr, die Ihr noch ein Gedächtniß habt für die Geschichte Meines königlichen Hauses und Seiner Stellung zum Volke, Euch bitte Ich, daran ferner festzuhalten, in guten wie in bösen Tagen. — Ihr aber, die Ihr schon daran zu wanken beginnt, Euch beschwöre Ich, Halt zu machen auf dem betretenen jähren Pfade und abzuwarten die Thaten, die da folgen werden! — Euch Allen aber gebe ich nochmals die unverbrüchliche Versicherung, daß Euch nichts verkümmert werden soll an Euerer konstitutionellen Freiheiten, daß es Mein heiligstes Bestreben sein wird, Euch mit Gottes Hülfe ein guter konstitutioneller König zu sein, auf daß wir gemeinsam ein stattliches und haltbares Gebäude errichten, unter dessen Dache zum Frommen

Unseres preussischen und ganzen deutschen Vaterlandes, unsere Nachkommen sich ruhig und einträchtig der Segnungen einer echten, wahren Freiheit Jahrhunderte lang erfreuen mögen! Dazu wolle Gott seinen Segen verleihen! Sansfouci, 11. Nov. 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm. (contr.) Graf von Brandenburg; v. Ladenberg; v. Strotha; v. Ranteuffel.

— Berlin, 12. Nov., 12 Uhr. Einzelnen Bürgerwehrmännern sind die Waffen vom Volke abgenommen worden. Ueberall, unter den Linden, in der Draniensburger Vorstadt, in der Königsstraße stehen Gruppen. Alles läßt darauf schließen, daß, wenn es zum Kampfe kommt, der Kampf ein verzweifelter wird. — Man versichert, es seien 500 Gewehre von einzelnen Bürgern an ihre Compagnien abgeliefert, sofort aber wieder an die Arbeiter gegeben worden; bei etwa 400 sollen die Visions vernagelt gewesen sein, was jedoch bald beseitigt wurde. Sonst bemerkt man bei keinem Depot, wohin die Waffen geliefert werden sollen, irgend eine Abgabe derselben. — 12 $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Gruppen auf den Plätzen und Hauptstraßen, vor den Schloßthoren u. werden immer zahlreicher und erregter. Das Militär tritt eben im vollen Gepäc auf den Appellplätzen an. — Viele wohlhabende Familien haben Berlin verlassen. — 3 Uhr. Die Truppen marschiren zum Theil durch die Stadt. Einige Abtheilungen Infanterie sind auf den größeren Plätzen aufgestellt, andere Mannschaften sind an den Thoren posirt. — Ueber die demokratische Partei, die sich vorzugsweise als solche benennt, circuliren zweideutige Gerüchte. Dieselbe soll sich der Theilnahme am Kampfe enthalten wollen, so lange es sich bloß um konstitutionelle Freiheiten handle, und von der Linken, wie erzählt wird, die Proklamirung der Republik verlangen, was diese entschieden abgelehnt habe.

— Berlin, 13. Nov. Durch eine Bekanntmachung des kön. Polizeipräsidenten wird die Entwaffnung der Bürgerwehr verfügt. Die Hauptfrage ist nun; wird die Bürgerwehr ihre Waffen abgeben, und wer wird die Entwaffnung vornehmen? In ersterer Frage werden Appellversammlungen der Compagnien gehalten, in denen theils die Abgabe, theils die Zurückbehaltung beschloffen wird. Einzelne Compagnien haben faktisch die Gewehre bereits abgeliefert. Hinwärts der zweiten Frage hat der Magistrat, als nicht geziemlich dazu berufen, das zugemuthete Einsammeln der Waffen abgelehnt, die Offiziere der Bürgerwehr haben sich durch ihre Abdankung gleichfalls diesem Amte zu entziehen gesucht; ein Placet des Polizeipräsidenten macht daher so eben bekannt, daß die Waffen bis 5 Uhr an 5 Orten bataillonsweise abgeliefert werden sollen. Da zu erwarten ist, daß diese freiwillige Ablieferung nicht erfolgt, so sehen wir in den Abendstunden dem Ausbrechen des Belagerungszustandes entgegen.

— Berlin, 13. Nov. Was vorauszusehen war, ist gestern Abend um 6 Uhr eingetreten: Berlin wurde in Belagerungsstand erklärt.

— Halle, 8. Nov. Entrüstet über die Vorfälle in Berlin und über die Belagerung der Nationalversammlung durch rohe Pöbelhaufen in ihrem Sitzungssaale, hat der hiesige konstitutionelle Klub, unterstützt vom konstitutionellen Bürgerverein, eine Adresse an die Nationalversammlung in Berlin beschloffen, zu deren Unterstützung er alle konstitutionell gesinnten Preußen auffordert.

— Dresden, 10. Nov. Der von hier nach Wien geeilte Bataillonskommandant der Communalgarde Heinz ist zurückgekehrt und theilte gestern im Communalgardeverein unter Anderm mit, daß die Bewegung in Wien durchaus keine allgemein deutsche gewesen sei. Der größte Theil der Wiener befinde sich im Zu-

stande völliger Ueberzeugunglosigkeit und ohne alles politische Urtheil.

— Altenburg, 8. Nov. Die Sache der hiesigen Republikaner wird immer mißlicher; ihr Hauptanführer Erbe ist verschwunden, Douai befindet sich noch in Gefangenschaft und gestern Abend wurde wieder einer der bestigiten Republikaner, Buchhdl. Helbing, Herausgeber der „Altenburger Zustände“ u., gefänglich eingezogen und seine Papiere von der Behörde mit Beschlagnahme belegt; man glaubt allgemein, daß dieser Arrestur noch einige andere folgen werden.

— Wien, 6. Nov. Als die Soldaten durch's Burghor einerseits und Rothenthurmthor andererseits eindrangen, wurden die Gewehre, Säbel, Patronen, Panzer u. dgl. nicht bloß weggelegt, sondern von den Fenstern der hohen Stockwerke herabgeworfen. Die Soldaten fanden, einmal hereingekommen, gar keinen Widerstand, obwohl ihr langsames Vorrücken, ihr Schießen nach allen Stockwerken zeigte, daß sie auf einen Straßenkampf gefaßt waren. Statt dessen empfingen sie schnell fabrizirte weiße Fähnchen, Tücherschwenken, Hurrah; und die Ablieferung der Waffen geschah so schnell, daß sie kaum Wagen genug hatten, um alle zu transportiren. — Die Croaten haben in der Leopoldstadt nach jener Manier gehaust, wie sie schon in Wallenstein's Lager gerühmt wird; aber diese Croaten sind doch unerschuldige Kinder gegen einen deutschen Volkvertreter. Robert Blum hat auf offener Straße, auf dem Stephansplatz vor allem Volk es gesagt: Ihr müßt noch 200 Latouristen! Kann es nun wundernehmen, wenn die Reaktion auftaucht, und der Demokratie die tiefsten Wunden schlägt! (A. 3.)

— Wien, 7. Nov. Die Zusammensetzung des neuen Ministeriums ist wohl mit ziemlicher Bestimmtheit als folgende anzunehmen: Fürst Felix Schwarzenberg Ministerpräsident und Aeußeres, Bach Inneres, Buchner Krieg, Kraus Finanzen, Helfert Kultus und Unterricht, Bruck Handel, Breda Justiz. — Die geflüchteten Familien strömen nun haufenweise nach der Stadt; letztere erscheint sehr belebt; der Verkehr zwischen Stadt und Vorstädte ist noch immer auf die Tagesstunden von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends beschränkt.

— Wien, 8. Nov. Die Abgeordneten der Linken scheinen ihren Vorsatz gegen Verlegung des Reichstags nach Kremsier noch weiters zu protestiren, aufgeben zu wollen, da sie sich dadurch unmöglich machen würden. — Man spricht heute von Eintritt des Grafen Stadion in's Ministerium an Bach's Stelle. — Von heute an ist der Verkehr zwischen den vor den Linien gelegenen Ortschaften und Stadt und Vorstädten frei gegeben.

— Wien, 8. Nov. Viele der Verhafteten sind bereits freigelassen worden; am strengsten scheint man gegen die Studenten und Literaten zu verfahren. Dieselbe Maßregel trifft auch die Ungarn. Die Zahl der Civilpersonen, die bei den Angriffen der Linien gefallen sind, beträgt etwa 800. Außerdem sind im Odeon, wo ein Nothhospital errichtet war, viele Verwundete gestorben. Hierzu kommen noch gegen 200, die am 6. Okt. in der Stadt gefallen sind. Der Verlust des Militärs ist bedeutend stärker; am meisten haben die Croaten verloren. Die von dem Fürsten Windischgrätz angeordnete Hausdurchsuchung in der innern Stadt, zum Zwecke der Auffindung verdächtiger Individuen, Waffen und sonstiger militärischer Gegenstände, ist beendet. — Die Nachricht von der Hinrichtung des Generals Philippovich, der in Pesth kriegsrechtlich erschossen wurde, hat die Wuth in der österreichischen Armee neuerdings gegen den Magyarenismus aufgeschaukelt.

— Gestern wurde der ehemalige k. ungarische Staatssekretär Pulsfy von dem Militär zu Enzersdorf verhaftet, als er eben der ungarischen Gränze zuweilen wollte. Pulsfy war der Haupt-

agent Kossuth's in der österreichischen Hauptstadt, und ihm namentlich wird der Ausbruch des Aufstandes am 6. Okt. wegen Verhinderung des Abmarsches des deutschen Grenadierbataillons zur Last gelegt, sowie er am Vorabend des Ereignisses in der Aula allein die Summe von 50,000 fl. vertheilt haben soll.

— Wien, 10. Nov. Robert Blum wurde, nachdem die gepflogene militärische Untersuchung über ihn das „Schuldig“ ausgesprochen, gestern früh im Augarten standrechtlich erschossen. Vor der Exekution wollte derselbe noch eine Anrede halten, allein das zu seiner Füsillirung befehligte Militär (Jäger) ersuchte ihn selbst, es zu unterlassen, da er ohnehin unter ihnen keine Zuhörer finden würde. — Die Gassenliteratur ist durch das heute in's Leben getretene Verbot, Zeitungsblätter und Flugschriften auf den Straßen und Plätzen auszurufen, ein radikaler Schlag verseht worden. Für die wahre Literatur und den bessern Theil der Presse ein wahrer Gewinn. — Im Stadtgraben beim neuen Thore wurde diesen Morgen der Oberst Jelowizky, welcher unter Bem die Artillerie befehligte, standrechtlich hingerichtet. Eine andere Hinrichtung wurde zwischen dem Burg- und Franzenssthor vorgenommen. Es soll der Oberkommandant Messenbauer gewesen sein. Der Abgeordnete Hüster ist gestern Abend wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Blum's Tod hat unter der deutschen Partei Entsetzen hervorgerufen. Er wurde von ungefähr 1000 Mann in die Brigittenau geleitet. Unterwegs entzogen sich öfters schwere Seufzer seiner Brust. Am Richtplatz angekommen, hatte er wieder seine ganze Ruhe gewonnen. Er gab es nicht zu, daß man ihm die Augen verbinde, und starb gefast. Sein Tod, ohne alles Benehmen mit dem Frankfurter Parlament, dürfte uns ein Zeichen sein für die Politik, welche Oesterreich künftighin Deutschland gegenüber verfolgen dürfte. Die heutige Wiener Zeitung bringt die offizielle Mittheilung, daß Robert Blum, Buchhändler aus Leipzig, zum Tode durch Kugel und Blei verurtheilt worden sei, weil er sich aufreizender Reden schuldig gemacht und die Waffen gegen die kaiserliche Armee geführt habe! — Letzte Nacht wurden von der ungarischen Gränze her starke Kanonenschüsse gehört. Es scheint, daß man sich geschlagen hat. Von dem Erfolg des Kampfes ist noch nichts bekannt. — Herr Bach soll das Portefeuille des Innern abgelehnt haben. Man spricht von Graf Stadion, der ihn ersetzen soll. — General Bem soll Stadtkommandant in Preßburg sein.

— Wien, 10. Nov. Die Hinrichtung Robert Blum's bildete während des ganzen gestrigen Tages das Stadtgespräch, und beschäftigt noch fortwährend die Gemüther. Die Ausdrucksweise darüber ist verschieden; eine billigende hat sich jedoch selbst nicht bei determinirt Schwarzgelben als vorwaltend ergeben. — Messenbauer soll heute früh erschossen worden sein. Man sprach auch von der Hinrichtung Jenneberg's. Dagegen sollen Fröbel und Hüster von dem Kriegsgerichte freigesprochen worden sein. Weiterhin sollen heute noch 12 bis 15 Hinrichtungen stattgefunden haben. — Bach hat sich entschieden geweigert, das Ministerium wieder zu übernehmen; dennoch will man an dem Eintritt des Grafen Stadion zweifeln. Letzterer soll selbst erklärt haben, daß er sich im jetzigen Augenblick nicht für geeignet erachte. Graf Breda und Kraus sind von Olmütz zurückgekehrt. — Die eingetretene schlechte Witterung hat das Campiren der Truppen auf freier Straße zum Theil eingestellt und steht den Operationen gegen Ungarn sehr im Wege. — Heute ist wieder „Bauerle's Theaterzeitung“ und neu Endlich's „Schwert und Schild“ erschienen. — Die Theater sollen demnächst wieder beginnen; das Doctrinpersonale ist schon beisammen. — Die abgelieferten Gewehre

verbleiben nicht im Zeughause, sondern werden an einen sicherern Ort abgeführt. — Von den verhafteten Studenten sind viele wieder entlassen worden.

— Lemberg, 5. Nov. Nach ausgebrochenem Aufstand der Aula, welche die Hefe des Vöbels aufgehezt hatte, entschloß sich Feldmarschall-Lieutenant Baron Hammerstein allogleich zu einem Bombardement, welches 3 Stunden dauerte, und die Aula gänzlich zerstörte. Ferner wurde das Stadthaus, das alte Theater, die polytechnische Schule nebst vielen Privathäusern ein Raub der Flammen. In Folge dieses Bombardements entschloß sich die Stadt, zu capituliren, unter nachstehenden Bedingungen: „Die Studentenlegion ist aufgelöst, der polnische Adler, der überall aufgefplantzt war, bleibt abgeschafft, die Nationalgarde wird aufgelöst und reorganisiert, und die zahlreichen fremden Wähler, meistens Emissäre des Kossuth, auf städtische Kosten fortgeschafft.“ Sodach hat die österreichische Armee auch diesen Theil der österreichischen Monarchie für die Gesamtmonarchie erhalten. Die Nationalgarde und der Ueberrest der akademischen Legion sind entwaffnet, und die strengsten Maßregeln ergriffen, um die fremden Aufwiegler festzunehmen. Die vom Land herbei geiltten Bauern, welche den k. k. Truppen zu Hülfe sein wollten, ziehen sich zurück und fangen alle revolutionären Flüchtlinge auf, um sie dem Feldmarschall-Lieutenant Hammerstein auszuliefern.

— Prag, 9. Nov. General Khevenhüller hat eine telegraphische Depesche erhalten, nach welcher General Simonic, vereint mit den Truppen des General Reuß, die Ungarn bei Göding angegriffen und dieselben auf's Haupt geschlagen haben soll. Die ungarische Armee soll zerstreut und ein großer Theil davon gefangen seyn, welcher nach Olmütz abgeführt wird.

— Verona, 7. Nov. Die mit fieberhafter Aufregung erwarteten und nacheinander durch Kuriere hier eingetroffenen Nachrichten aus Wien, haben wie niederschlagendes Pulver auf diejenigen hier gewirkt, welche aus der Anarchie in Wien die Erfüllung des Traumes einer Unità italiana hervorgehen zu sehen hofften. An den langen Gesichtern, die in den letzten Tagen hier zu sehen waren, konnte man entnehmen, daß die in Wien verwendeten Geldspenden die erwarteten Erfolge nicht abwarfen, und in Turin, Mailand und Venedig sollen bittere Klagen erhoben worden sein, daß in Pesth die gespendeten baaren, klingenden Beiträge der Lega italiana mit Kossuth'schen Banknoten eingetauscht und diese dann in Wien statt der Silberlinge an Hüsters „Goldjungen“, an das abtrünnige Militär und an die Proletarier vertheilt wurden, weshwegen auch der Effekt papierner ausgefallen ist.

— Bern. Die Antwort des eidgenössischen Vororts auf die deutsche Note vom 5. Okt. ist erfolgt. „Es sei klar, daß man auf die Auseinanderlegung des Vororts nicht näher eingehen wolle, sondern auf der Anschauungsweise, wie man sich dieselbe von vornherein gebildet habe, ohne weiteres zu beharren gesonnen sei.“ „Der Vorort fühle sich erhaben über den vorherrschend verlezenden Ton in der Note.“ Das ist der Ton in dem die Antwort beginnt und in dem sie, wenn auch nachher mit etwas weniger Bitterkeit und schneidender Verbtheit fortfährt. „Der eidgenössische Vorort, von jeher der Einschüchterungspolitik fremd, wird auch fernerhin, solange er noch zur Leitung der schweizerischen Angelegenheiten berufen ist, nur die Gebote der Ehre sich zur Richtschnur dienen und niemals durch andere Rücksichten von dieser seiner politischen Lebensmaxime sich abbringen lassen.“ x. So schließt die Antwort, welche für die Schweiz fatale Folgen nach sich ziehen könnte.

* An den neuen Diogenes.

Die alten Geister regen sich,
Doch regen sie sich nicht für sich.
Ein neuer regt gewaltig sich,
Doch nicht für And're, nur für sich!